

»» Bedingungsloses Grundeinkommen: Instrument zur Reduzierung von Ungleichheit?

Nr. 39, 27. Oktober 2016



Autorin: Dr. Julia Sattelberger
Redaktion: Verena Neumann

Im Kontext der Diskussionen über die in vielen Entwicklungsländern wachsende Ungleichheit gewinnt zunehmend eine Idee an Bedeutung, die aus der sozialpolitischen Diskussion in vielen Industrieländern gut bekannt ist: Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Kern der Idee ist, dass alle Bürger/-innen, unabhängig von ihrem individuellen Einkommen, vom Staat einen einheitlichen monatlichen Grundbetrag überwiesen bekommen, der zur Erfüllung der wichtigsten Grundbedürfnisse ausreicht. Alle weiteren staatlich finanzierten Sozialleistungen wie Arbeitslosen- oder Kindergeld würden – zumindest in den meisten, der diskutierten Modelle – entfallen. Finanziert würde ein solches Grundeinkommen weitgehend verteilungsneutral durch den Wegfall der Kosten für teilweise sehr komplexe Sozialleistungen (einschließlich des damit verbundenen administrativen Aufwands).

Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Anhänger verweisen vor allem auf folgende Vorteile eines BGE:

Reduzierte Missbrauchsmöglichkeiten: BGE sind ein sehr einfaches und transparentes Transfersystem, das – im Unterschied zu heutige gängigen Systemen – die Missbrauchsmöglichkeiten drastisch reduziere.

Schafft individuelle Entfaltungsmöglichkeiten: Darüber hinaus verringere die Einführung eines BGE die Stigmatisierung von Transferleistungsempfänger/-innen. Gleichzeitig schaffe es eine zunehmend egalitäre Gesellschaft und eröffne Entfaltungsmöglichkeiten für das Individuum.

Zukunftsfähigkeit: Befürworter des BGE argumentieren, dass der technologische Wandel der Arbeitswelt dazu führen wird, dass immer mehr manuelle Arbeit durch technische Lösungen substituiert wird. Zunehmend würde somit einer wachsenden

Zahl von Arbeitslosen eine kleine Zahl von Hochverdienern gegenüber stehen. Das BGE würde hier für den notwendigen sozialen Ausgleich sorgen.

Zentrale Kritikpunkte gegen den Vorschlag

Kritiker formulieren unter anderem die folgenden Argumente, die gegen das BGE sprechen, darunter:

Mangelnde Finanzierbarkeit: Gegner des Modells argumentieren, dass der Glaube an eine verteilungsneutrale Ausgestaltung des Grundeinkommens reines Wunschdenken sei, das nicht zu realisieren wäre. In der Praxis ist das System ihrer Meinung nach unbezahlbar.

Gefahr von ‚moral hazard‘: ein bedingungsloses Grundeinkommen würde darüber hinaus den materiellen Anreiz für Arbeit reduzieren und damit die Aufnahme von Erwerbsarbeit senken. Als Folge würden die Triebkräfte einer Marktwirtschaft gelähmt, die vor allem auf individuelle Leistung und Besonderstellung basiert.

Förderung von Besserverdienenden: Die Einführung des Grundeinkommens würde (zumindest in den meisten der diskutierten Modelle) mit dem Wegfall anderer Sozialleistungen einhergehen. Bisherige Nutzer dieser Leistungen müssten diese nun selbst finanzieren. Entsprechend argumentieren Kritiker, dass somit vor allem Besserverdienende von der Einführung eines BGE profitieren würden.

Einführung von Grundeinkommen in Entwicklungsländern?

Insgesamt gibt es bisher kaum gesicherte Erkenntnisse, welche der Annahmen tatsächlich in der Praxis Bestand hätten. Berechnungen der Kosten einer Einführung eines BGE in den USA zeigen, dass der jährliche Transfer von 10 000 USD an alle amerikanischen Bürger/-innen nahezu die gesamten Steuereinnahmen der Vereinigten Staaten eines Jahres aufzehren würde – was

die Einführung eines Grundeinkommens damit vermutlich bereits an den zu hohen Kosten scheitern lassen würde.

Die Effizienzvorteile könnten in Entwicklungsländern dagegen höher ausfallen: Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme zur Unterstützung von Bedürftigen sind in diesen Ländern oftmals besonders anfällig für Missbrauch. Beispielsweise ist die Überprüfung der Anspruchsberechtigung von Bedürftigen in einem Kontext, in dem viele im informellen Bereich oder als Kleinunternehmer/-innen beschäftigt sind und in dem es kaum formalisierte Einkommensdaten gibt, besonders schwierig und kostenintensiv. Allerdings fehlen hier empirische Analysen, die diese Einschätzung untermauern.

Erste Ergebnisse aus Pilotprojekten zu bedingungslosen Sozialtransfers an arme Haushalte im ländlichen Kenia und Indien zeigen jedoch bereits, dass Auszahlungen in der Regel für eine bessere medizinische Versorgung und Bildung (und nicht für Konsumgüter wie Zigaretten oder Alkohol) genutzt werden und sich insgesamt positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Zielgruppe nachweisen lassen.

Statt Grundeinkommen: Ausbau gezielter Fördermaßnahmen für Bedürftige

Dennoch scheint die flächendeckende Einführung von BGE in Entwicklungsländern in der Praxis derzeit kaum realistisch. Politiker scheuen vor allem die politischen Widerstände der Bessergestellten, die befürchten am Ende zu den Verlierern zu gehören, weil sie für die Finanzierung des Systems höher besteuert werden müssten.

Realistischer ist dagegen der Ausbau bedingungsloser oder auch an Bedingungen geknüpfter, gezielter Transferleistungen ausschliesslich an bedürftige Gruppen (*un/conditional cash transfers*). Zu diesem Instrument liegen im Gegensatz zum BGE bereits sehr positive Erfahrungen und Evaluierungen vor. ■